



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Éducation nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Justice



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Santé

KINDESMISSHANDLUNG

Leitfaden für Fachkräfte
in der Kinder- und Jugendbetreuung

Version 1.0 D

**Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend
Interministerielle Koordination der Kinderrechte
Luxemburg 2018**

Dieses Dokument kann in seiner aktualisierten Fassung von der Internetseite des Ministeriums, das für die Rechte des Kindes zuständig ist, heruntergeladen werden.

ISBN : 978-99959-1-121-8

VORWORT

Misshandlung und Gewalt sind leider immer noch traurige Realität für viele Kinder.

Ein gemeinsamer interdisziplinärer Ansatz aller Akteure und Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen, ist von zentraler Bedeutung, um effiziente Maßnahmen zum Schutz der Kinder garantieren zu können.

Auf Initiative des Ministeriums für Bildung, Kinder und Jugend, zu dessen Zuständigkeit die Regierungspolitik zur Förderung der Rechte des Kindes gehört, hat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern

- des Ministeriums für Bildung, Kinder und Jugend
- des Justizministeriums
- des Gesundheitsministeriums
- der Association luxembourgeoise de pédiatrie sociale
- der Zentralstelle für schulpyschologische Beratung und Scholorientierung
- der Ligue médico-sociale
- des „Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand“
- der Staatsanwaltschaft Diekirch
- der Staatsanwaltschaft Luxemburg
- des schulärztlichen Dienstes der Stadt Luxemburg
- des Service national de la Jeunesse
- der Kriminalpolizei
- des Jugendgerichts Luxemburg

das vorliegende Dokument ausgearbeitet, das die Prozeduren darlegt, die von allen, die im Kinder- und Jugendbereich tätig sind bzw. mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen, zu befolgen sind, wenn ein Kind ihnen offenbart, dass es misshandelt wird bzw. wenn sie Zeichen einer Misshandlung bei einem Kind erkennen.


Der Schutz und das Wohl aller Kinder müssen unser zentrales Anliegen sein. Wir müssen alles unternehmen, um Misshandlungen bei Kindern zu stoppen und uns darum kümmern, dass das erlittene Trauma schnellstmöglich und auf adäquate Weise behandelt wird. Bei allen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren muss das Interesse des Kindes oberste Priorität haben; die Bestimmungen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch müssen strikt eingehalten werden.



Claude Meisch
Minister für Bildung,
Kinder und Jugend



Félix Braz
Justizminister



Lydia Mutsch
Gesundheitsministerin

1. EINLEITUNG

Das vorliegende Dokument richtet sich an alle Fachkräfte im Kinder- und Jugendbereich (Erzieher, Lehrpersonal, Sozialarbeiter, Angehörige der Gesundheitsberufe, Therapeuten, Berater u.a.) sowie an alle anderen Fachkräfte, die sich beruflich um Kinder oder Jugendliche kümmern.

Angehörige dieser Berufsgruppen sind oft die Ersten, die Anzeichen einer physischen oder psychischen Notlage beim Kind oder Jugendlichen feststellen.

In einer solchen Situation liegt es in ihrer Verantwortung, für das Kind da zu sein und die ersten erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, mit dem Ziel, das Leiden des Kindes zu beenden, es vor weiteren Gefährdungen zu schützen und strafrechtliche Schritte gegen den mutmaßlichen Täter einzuleiten. Die strafrechtliche Verurteilung verhindert weitere potentielle Übergriffe des Täters.

Das vorliegende Dokument beschreibt die Maßnahmen, die bei Verdacht auf Misshandlung eines Kindes durch einen Erwachsenen oder durch ein anderes Kind zu ergreifen sind.

Verschiedene Formen des Missbrauchs haben rechtliche und psychosoziale Folgen, andere nur psychosoziale Folgen.

Im Sinne des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt. Das vorliegende Dokument beruht auf dieser Definition, wenn es sich auf ein Kind bezieht.

2. DEFINITIONEN

Kind

Im Sinne des vorliegenden Dokuments ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Kindesmisshandlung

Zur bewussten oder unbewussten Misshandlung gehören physische Gewalt, körperliche Misshandlung, sexueller Missbrauch, psychische Gewalt und grobe Vernachlässigung, die die physische, psychische und emotionale Entwicklung des Kindes beeinträchtigen könnten.

Häufig sind die Opfer mehreren Formen der Misshandlung ausgesetzt: Ein sexueller Missbrauch bedeutet oft auch physische und psychische Gewalt und umgekehrt.

UN-Kinderrechtskonvention, Auszug aus Artikel 19.

„Die Vertragsstaaten treffen alle [...] Maßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenzufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Missbrauchs zu schützen“

Generalsekretariat. Ministerium der Französischen Gemeinschaft Belgiens. Koordinierung der Hilfe für Missbrauchsoffer.

„Misshandlung ist jedwede Handlung und/oder Einstellung, die die kindlichen Bedürfnisse nicht erfüllt und dadurch zu erheblichen Entwicklungshemmungen beim Kind führt. Misshandlung kann eine bewusste Schädigung oder das Ergebnis von Vernachlässigung oder sozialen Unzulänglichkeiten sein.“

Physische Misshandlung

Hierbei handelt es sich um jede bewusste physische Gewalt gegenüber einem Kind: Schläge, Schütteln, Bisse, Abschürfungen, Verbrennungen usw.

Psychische Misshandlung

Hierbei handelt es sich um jede Form von psychischer und emotionaler Ungerechtigkeit gegenüber einem Kind. Dazu gehören eine feindliche oder ablehnende Haltung oder die Vernachlässigung durch Eltern oder sonstige Erziehungspersonen, was zu Beeinträchtigungen der psychoemotionalen, geistigen und relationalen Entwicklung des Kindes führt:

- übermäßige Erwartungen, Druck oder übertriebene Strafen, systematische Erniedrigung, Isolierung oder Überbehütung;

- Vernachlässigung der Bedürfnisse und der Befindlichkeit des Kindes, das Kind ist den physischen und psychischen Auseinandersetzungen der Eltern, der emotionalen Erpressung oder elterlichen Entfremdung ausgesetzt.

Die Misshandlungen äußern sich in negativen Handlungen gegenüber dem Kind: systematische Herabsetzung, Ablehnung, Drohungen, emotionale Erpressung, Demütigung, wiederholte Beleidigungen, Drohen mit Verlassen, dauerndes Kritisieren, Fehlen liebevoller Aufmerksamkeit, Verweigerung der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse des Kindes oder Verleugnung seiner Existenz, das Austragen elterlicher Konflikte im Beisein des Kindes, das zur Entfremdung führen kann, usw.

Belästigung

Hierbei handelt es sich um Machtmissbrauch, der sich u.a. verbal (Bemerkungen, Beleidigungen, geschmacklose Witze, Spitznamen, Unterstellungen usw.), durch Drohungen, diskriminierende (rassistische, sexistische usw.) Gesten, Mobbing und peinliche oder erniedrigende Initiationsriten äußern kann. Der Missbrauch kann physischer, verbaler, sexueller oder emotionaler Natur sein.

Oft kommt es zusätzlich zu Repressalien oder der Androhung von Repressalien, was sich umso schwerwiegender auswirkt, wenn sie von einer Person oder einer Gruppe von Personen in einer Machts- oder Autoritätsposition ausgehen.

Sexueller Missbrauch

Unter sexuellem Missbrauch wird jedwede sexuelle Handlung verstanden, zu der ein Kind von einer Autoritätsperson oder einer anderen Person aufgefordert wird, unter Anwendung von physischem (Gewaltanwendung), emotionalem oder materiellem Druck oder Drohungen, und diese Handlung, unabhängig vom Geschlecht der implizierten Personen, der sexuellen Befriedigung des Täters dient.

- physische sexuelle Übergriffe: Vergewaltigung, Unzucht (unerwünschter Körperkontakt), sexuelle Belästigung;
- nicht-körperliche sexuelle Übergriffe: Korruption (Kinder werden sexuellen oder pornographischen Bildern oder Handlungen ausgesetzt), Gefährdung Minderjähriger, Erregung öffentlichen Ärgernisses (exhibitionistische Handlungen gegenüber Kindern).

Der sexuelle Missbrauch eines Kindes besteht in seiner aktiven oder passiven Teilnahme an Aktivitäten sexueller Art, die es nicht verstehen kann, die seinem Alter und seiner Reife nicht entsprechen und zu denen es durch Gewaltandrohung oder andere Drohungen, Machtmissbrauch, Erpressung, Überredung oder jedwede andere Einflussnahme, die sich allesamt über grundlegende Verbote hinwegsetzen, genötigt wurde.

Vernachlässigung

Vernachlässigung bedeutet, dass die Eltern ihren elterlichen Verpflichtungen wiederholt oder dauerhaft nicht nachkommen. Die Vernachlässigung betrifft:

- materielle Bedürfnisse (Nahrung, medizinische Versorgung, Kleidung, Hygiene, saubere Unterkunft usw.),
- soziale Bedürfnisse (Erziehung, Anregung und Förderung, Freizeit, Sicherheit, Kontakte usw.),
- emotionale Bedürfnisse (Wertschätzung, Liebe und Zuneigung, Aufmerksamkeit, affektive Beziehung zu beiden Elternteilen usw.).

Sexuelle Ausbeutung

Die sexuelle Ausbeutung von Kindern ist auch als kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern bekannt. Ein Kind wird als Sexualobjekt und Ware von einem Erwachsenen missbraucht, im Gegenzug erhält das Kind oder eine bzw. mehrere Drittpersonen eine Sachleistung oder eine Vergütung in bar.

Die sexuelle Ausbeutung kann ein breites Spektrum von Handlungen beinhalten, von scheinbar „einernehmlichen“ Aktivitäten (zum Beispiel sexuelle Handlungen im Austausch für Aufmerksamkeit, Wohnung, Geschenke oder Zigaretten) bis zum organisierten Verbrechen wie Kinderpornographie, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung von Kindern oder Kinderprostitution.

Miterleben von Misshandlungen

Das Miterleben von Misshandlungen umfasst alle Situationen, in denen ein Kind Zeuge häuslicher Gewalt oder Zeuge von Gewalt in einem Umfeld ist, dem es sich nicht einfach entziehen kann (Familie, Klasse, Freundeskreis usw.).

Wirtschaftliche Ausbeutung

Die Internationale Arbeitsorganisation definiert „Kinderarbeit“ als Gesamtheit der Tätigkeiten, die Kinder um ihre Kindheit bringt, ihnen ihr Potenzial und ihre Würde raubt, ihrer Gesundheit, ihrer physischen und geistigen Entwicklung schadet und ihre Schulbildung einschränkt.

Kleinere Arbeiten im Haushalt oder – unter gewissen Bedingungen – im elterlichen Betrieb, Arbeiten, mit denen man sich ein Taschengeld außerhalb der Schulstunden oder während der Schulferien verdienen kann, werden als solche nicht als Kinderarbeit bezeichnet. (Quelle: <http://www.ilo.org/ipecc/facts/lang--fr/index.htm>)

Arbeit wird als „wirtschaftliche Tätigkeit“ bezeichnet, unabhängig davon, ob sie bezahlt wird oder nicht. Diese Definitionen reichen nicht aus, um die Grenzen zwischen einer „annehmbaren“ Arbeit (im Sinne der internationalen Konventionen) und einer inakzeptablen Tätigkeit zu ziehen. Als Referenzdokument dient derzeit die ILO-Konvention Nr. 138 von 1973 über das Mindestalter für Beschäftigung. Sie unterscheidet zwischen einem allgemeinen Mindestalter, einem Mindestalter für leichte Arbeiten und einem Mindestalter für gefährliche Arbeiten.

Das allgemeine Einstiegsalter für Arbeit in Luxemburg fällt mit dem Ende der Schulpflicht zusammen; für leichtere Arbeiten ist das Mindestalter auf 13 Jahre festgelegt. Gefährliche Arbeiten dürfen erst ab 18 durchgeführt werden, unter bestimmten Bedingungen auch ab 16 Jahren.

Die Konvention Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahre 1999 verpflichtet die unterzeichnenden Staaten, Maßnahmen für das Verbot und die Bekämpfung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu ergreifen (zum Beispiel Sklaverei, Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierung, Kinderhandel, Prostitution, Pornographie). Luxemburg hat beide Konventionen unterzeichnet.

3. MÖGLICHE ZEICHEN UND SYMPTOME EINER MISSHANDLUNG

Oft sind es Erwachsene, die regelmäßigen Kontakt mit dem Kind haben (Familienmitglieder, Fachpersonal aus Schulen, Krippen, Kindertagesstätten, Freizeitstrukturen oder dem Gesundheitswesen), denen Veränderungen auf psychologischer, somatischer, sozialer Ebene oder in der allgemeinen Entwicklung des Kindes auffallen. Bei Kleinkindern ist diese Aufmerksamkeit von Seiten der Erwachsenen von größter Bedeutung.

Psychische Symptome und Störungen beim Kind oder Heranwachsenden (Ängste, Depressionen, regressives Verhalten, Schlafstörungen, Impulsivität, Reizbarkeit, Unruhe, Konzentrationsmangel, psychosomatische Symptome usw.) sind Äußerungen von Leiden und müssen im Kontext der allgemeinen Entwicklungs- und Lebensbedingungen des Kindes gesehen werden. Ein oder mehrere Symptome sind nicht notwendigerweise ein Hinweis auf Misshandlung. Dennoch sind die Fachkräfte verpflichtet, Störungen Beachtung zu schenken, für das Wohlergehen des Kindes Sorge zu tragen und alles zu tun, um ihm die nötige Hilfe zukommen zu lassen.

Verbale Signale

- Explizite Sprache, Erzählungen
- Zweideutigkeiten

Störungen, die sich physisch äußern

- Deutliche, medizinisch feststellbare Spuren (traumatische Verletzungen, Existenz sexuell übertragbarer Krankheiten, Anwesenheit von Fremdkeimen, Schwangerschaft ...)
- Nicht-deutbare Spuren

Störungen, die sich im Verhalten des Opfers äußern

- Depressives Verhalten, Traurigkeit, Ängstlichkeit, Schuldgefühle
- Aggressives, regressives Verhalten (z. B. Reinlichkeit), Hypersexualität (ungewöhnliches Interesse an Körper und Sexualität bzw. Ekel davor, Exhibitionismus, obszöne Sprache und Gesten)
- Angst davor, sich auszuziehen, sich an bestimmte Orte zu begeben

Unspezifische Störungen

Außer den Verhaltensstörungen, durch die die betroffenen Fachkräfte aufmerksam werden, kann ein misshandeltes Kind unspezifische Störungen zeigen, d. h. Störungen, die immer dann auftreten können, wenn das Kind mit Problemen konfrontiert wird oder einer psychisch belastenden Situation ausgesetzt ist. Diese Störungen sind meist ein Zeichen dafür, dass das Kind sich in der Unmöglichkeit befindet, zu verstehen und wiederzugeben, was es gerade durchmacht.

Reaktive Störungen nach einem traumatischen Erlebnis sind beispielsweise:

- depressive Störungen
- Schlafstörungen
- kognitive Störungen
- Sprachstörungen
- Stimmungsschwankungen, Angststörungen
- Verhaltensstörungen
- Selbstverletzung oder aggressives Verhalten gegenüber anderen
- somatische Schmerzen (...)

4. VERHALTENSMASSNAHMEN NACH FESTSTELLUNG EINER MISSHANDLUNG

Der Schutz des Kindes hat oberste Priorität.

Fälle von Misshandlung erfordern Hilfe von verschiedenen Stellen, da es sich hier um ein sehr vielschichtiges Problem handelt. Juristische, medizinische, pädagogische, soziale und psychologische Fachkräfte müssen eingeschaltet werden.

Viele der Kinder, die Opfer eines Missbrauchs wurden, stehen unter Druck, sie haben Angst und tragen dieses belastende Geheimnis – besonders bei sexuellen Übergriffen – oft Jahre mit sich herum.

Die Aufdeckung einer Gewaltanwendung kann zu einer schweren Krise beim Kind und seinen Angehörigen führen, vor allem wenn es sich um einen Fall innerfamiliärer Gewalt handelt. Das misshandelte Kind durchlebt emotionalen Stress und Ängste, die es psychisch, physisch und sozial destabilisieren und seine allgemeine Entwicklung beeinträchtigen können. Zum Zeitpunkt der Aufdeckung können sich ambivalente Gefühle beim Kind einstellen: Es hofft auf Hilfe, hat aber auch Angst vor den Folgen, z. B. davor, dass es aus der Familie ausgeschlossen wird.

Das Kind ist abhängig von seinen Eltern. In diesen stark emotionalen und auch bangeren Zeiten können frühe und angemessene Reaktionen der Familienmitglieder und des Umfelds Erleichterung bringen und **ein Resilienzfaktor** sein.

Manchmal vertraut sich ein Kind einer Person an, zu der es ein besonderes Vertrauensverhältnis hat. Es ist unbedingt notwendig, dass dieser Erwachsene mit dem Kind in Kontakt bleibt und in dieser Phase starker Unsicherheit erreichbar ist.

Alle, die mit Kindern arbeiten, können irgendwann mit einer solchen Situation konfrontiert werden. **Es ist besser, vorbereitet zu sein und gemeinsam darüber nachzudenken, auf institutioneller und interinstitutioneller Ebene, wie man mit einer Situation, in der ein Kind in Gefahr ist, umgeht** (z. B. Schule, Betreuungsstrukturen, schulischer Gesundheitsdienst). Die Kommunikation mit einem Kind in Not ist eine komplexe Angelegenheit, die sehr viel Sensibilität und Respekt erfordert.

Erwachsene, die im beruflichen Umfeld mit Fällen von Gewalt konfrontiert werden, sollten alle ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen, die eigenen und die der Institution, nutzen sowie eine externe Fachstelle zur Beaufsichtigung kontaktieren.

Wie sollen sich die Erwachsenen in einer ersten Phase verhalten? :

Auf der Ebene des Kindes

- die Äußerungen des Kindes ernst nehmen
- Anzeichen physischer und psychischer Leiden ausmachen
- das Kind fragen, wie es sich physisch und emotional fühlt
- in der Nähe des Kindes bleiben und erreichbar bleiben
- dem Kind in Ruhe zuhören, aber auch sein Schweigen respektieren
- das Kind nicht befragen; vermeiden, dass das Kind zu häufig Einzelheiten des Erlebten wiederholt
- das Kind fragen, was es sich vom professionellen Umfeld wünscht und erwartet
- das weitere Vorgehen erklären, dem Kind keine falschen Versprechungen machen: die Verantwortung der Meldung und der folgenden Schritte obliegt dem Fachpersonal
- die Konfrontation zwischen Kind und Täter vermeiden
- verfügbar sein, um das Kind zu begleiten, wenn sich ein Einschalten der Justiz als notwendig erweist
- bei physischen Verletzungen, dem Verdacht auf sexuellen Missbrauch oder bei Zeichen eines traumatischen Schocks die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Auf der Ebene der Institution

- den Vorgesetzten informieren
- Kontakt zum Fachberater aufnehmen (falls es diese Funktion in der Institution gibt)
- Kontakt mit den Justizbehörden bezüglich einer Meldung aufnehmen
- sich mit dem Vorgesetzten und dem Team über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten
- Äußerungen und Verhaltensweisen des Kindes sowie Angaben zu seiner allgemeinen Verfassung notieren
- sich im Team unterstützen, sich gegenseitig im Umgang mit den eigenen Emotionen helfen, nicht dramatisieren
- zeitlich flexibel und verfügbar sein, um das Kind zu begleiten
- über die Kommunikation und den Kontakt mit den Eltern beraten und entscheiden
- den Rat von Fachstellen einholen
- die medizinische, soziale und psychotherapeutische Betreuung des Kindes und der Familie koordinieren.

Auf der Ebene der Familie

- sich zunächst mit den Justizbehörden besprechen (Staatsanwaltschaft, Jugendrichter), um zu klären, wer was wann mit den Eltern bzw. „mitarbeitenden“ Angehörigen bespricht
- eine Konfrontation zwischen Kind und mutmaßlicher gewalttätiger Person unbedingt vermeiden
- Beschuldigungen vermeiden
- die Worte des Kindes nicht wiederholen (vermeiden, dass das Kind sich „rechtfertigen“ muss)
- zuhören
- sich mit dem betreffenden Sozialdienst bzw. einem spezialisierten sozialtherapeutischen Dienst besprechen.

5. MELDUNG VON MISSHANDLUNGSFÄLLEN

Die einzig wirksame Methode, um eine Analyse des Sachverhalts durch einen Sachkundigen, die Identifizierung des Täters und den Schutz des Opfers sowie weiterer potentieller Opfer zu erwirken, ist, den Fall der Justiz zu melden. Die Meldung hat keine negativen Konsequenzen für den Meldenden.

1. Die Fachkraft, die in Ausübung ihrer Funktion Kenntnis von Fakten erhält, die auf ein Verbrechen oder Vergehen hindeuten, ist verpflichtet, dies zu melden.

Mit „Fachkraft“ sind im Sinne dieser Verpflichtung diejenigen Personen gemeint, die beruflich mit Kindern arbeiten, insbesondere in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Sozialfürsorge.

Art. 23 Abs. 2 der Strafprozessordnung besagt, dass Behörden, öffentliche Angestellte oder **Beamte**, sowie Mitarbeiter oder Erfüllungsgehilfen, die öffentlich-rechtliche Aufträge wahrnehmen, die ihnen aufgrund öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Vorschriften übertragen wurden, die in Ausübung ihrer Funktion **Kenntnis von Fakten erhalten, die auf ein Verbrechen oder Vergehen hindeuten, verpflichtet sind, dies umgehend dem Staatsanwalt zu melden** und diesem alle diesbezüglichen Informationen, Protokolle und Urkunden zukommen zu lassen, ungeachtet etwaiger Regeln der Vertraulichkeit oder des Berufsgeheimnisses.

Beamte sowie Mitarbeiter oder Erfüllungsgehilfen, die öffentlich-rechtliche Aufträge wahrnehmen, sind demnach verpflichtet, bei Kenntnis von oder Verdacht auf Misshandlung eines Kindes Meldung zu erstatten.

2. Jeder ist zur Hilfeleistung gegenüber Menschen in Gefahr verpflichtet.

Art. 410-1 des Strafgesetzbuches besagt, dass mit einer Freiheitsstrafe von acht Tagen bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von 251 Euro bis zu 10.000 Euro, oder nur einer dieser Strafen, belangt wird, **wer, ohne ernstliche Gefahr für sich oder andere, bewusst davon absieht, einem Menschen in Gefahr zu helfen**. Dabei spielt es keine Rolle, ob er selbst die Lage der betreffenden Person erkannt hat oder er von denjenigen, die seine Hilfe anfordern, davon in Kenntnis gesetzt wurde.

Beamten sowie Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen, die öffentlich-rechtliche Aufträge wahrnehmen, die in Ausübung ihrer Funktion Kenntnis von Fakten erhalten, die auf ein Verbrechen oder Vergehen hindeuten, und dies nicht melden, kann unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen werden.

Art. 140 des Strafgesetzbuches sieht außerdem vor, dass, wer **Kenntnis einer Straftat hat, deren Folgen noch abgewendet oder verringert werden können**, oder deren Täter neue Straftaten begehen könnten, die hätten verhindert werden können, und die Justiz- oder Strafverfolgungsbehörden nicht informiert, mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren und einer Geldstrafe von 251 bis zu 45.000 Euro belangt wird. Dies erfüllt den Tatbestand der Behinderung der Justiz.

Diese Meldepflicht gilt für alle – einschließlich des Umfelds des Täters und der Personen, die einer beruflichen Schweigepflicht unterliegen –, die Kenntnis von einem Verbrechen an einem Minderjährigen haben.

Ein Verbrechen ist eine Straftat, die mit mindestens fünf Jahren Haft bestraft wird, wie beispielsweise:

- *der gewaltsame Angriff auf die Schamhaftigkeit von Kindern unter 16 Jahren*
- *der ohne Gewalt verübte Angriff auf die Schamhaftigkeit von Kindern unter 11 Jahren*
- *die Vergewaltigung*
- *die absichtliche Körperverletzung, der Entzug der Pflege und Ernährung mit als Folge einer Beeinträchtigung der Gesundheit des Kindes unter 14 Jahren, verübt durch Mutter, Vater, Großeltern, Erziehungsberechtigte oder jede Person, die das Sorge- oder Obhutsrecht des Kindes hat, unter der Bedingung, dass die Misshandlung Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder den Tod des Kindes zur Folge hat oder Vorsatz bestand.*

Das Berufsgeheimnis muss gegenüber Dritten gewahrt bleiben. Das Berufsgeheimnis kann nur mit Mitgliedern derselben Berufsgruppe oder Mitgliedern einer anderen Berufsgruppe, die aufgrund ihrer Berufsfunktion mit der Meldung oder der Situation des Minderjährigen zu tun haben, geteilt werden.

Wann muss Meldung erstattet werden?

Welche Behörde mit welcher Dringlichkeit informiert werden muss, wird vom Grad der Gefährdung des Minderjährigen bestimmt.

1.

Wenn der Minderjährige **einer psychischen Misshandlung oder der Vernachlässigung** ausgesetzt scheint, **die seine physische Integrität nicht direkt gefährdet** (z. B. kein Pausenbrot, keine dem Wetter angepasste Kleidung, Schulsachen vergessen, Fernbleiben vom Unterricht usw.), ist eine **sofortige Meldung nicht nötig**.

Bei Kindern unter 3 Jahren begleitet das Office national de l'Enfance die Fachkraft bei den Kontakten mit den Eltern, zwecks Antrag auf Unterstützung oder Überweisung an eine spezialisierte Einrichtung.

Bei Kindern zwischen 3 und 12 Jahren innerhalb des schulischen Kontexts wendet sich die Fachkraft an den schulmedizinischen Dienst, der das Office national de l'Enfance mit einem Antrag auf Unterstützung oder der Überweisung an eine Fachstelle befassen kann.

Bei Kindern zwischen 3 und 12 Jahren außerhalb des schulischen Kontexts (außerschulische Aktivitäten) wendet sich die Fachkraft an das Office national de l'Enfance zwecks geeigneter, freiwilliger Hilfsmaßnahmen oder Überweisung an eine Fachstelle.

Bei Kindern zwischen 12 und 18 Jahren innerhalb des schulischen Kontexts kann sich die Fachkraft an den zuständigen Dienst für schulpsychologische Beratung und Schulorientierung (SePAS), den schulmedizinischen Dienst oder aber an das Office national de l'Enfance wenden, zwecks geeigneter freiwilliger Maßnahmen mit aktiver Unterstützung des betroffenen Jugendlichen oder Überweisung an eine Fachstelle.

Bei Kindern zwischen 12 und 18 Jahren außerhalb des schulischen Kontexts (Jugendhäuser, außerschulische Aktivitäten) wendet sich die Fachkraft an das Office national de l'Enfance zwecks geeigneter freiwilliger Maßnahmen mit aktiver Unterstützung des betroffenen Jugendlichen oder Überweisung an eine Fachstelle.

Spezialisierte Einrichtungen, die nicht Dienstleister des ONE sind, wie die Dienste der Alupse, bieten therapeutische Behandlungen an. Diese Leistungen können entweder direkt oder über das Office national de l'Enfance angefordert werden.

In solchen Situationen sollten sich die verschiedenen Fachkräfte zusammensetzen und gemeinsam Vorschläge erarbeiten, wie dem betroffenen Kind und seiner Familie geholfen werden kann. Solange die Eltern mitarbeiten und sich die Lage positiv entwickelt, ist eine Meldung nicht unbedingt notwendig.

Wenn sich die Lage des Kindes nicht bessert oder sich sogar verschlimmert, oder aber die Eltern sich weigern, mitzuarbeiten, muss das Jugendgericht oder die Abteilung Jugendschutz der Staatsanwaltschaft informiert werden.

2.

Wenn die Fachkraft **Verletzungen** feststellt, **deren Ursprung unklar ist**, das Kind nicht erklären kann oder will, wie es dazu kam, sich beim Kind Anzeichen zeigen, die auf Angst oder Unbehagen schließen lassen (z. B. unerklärliche Tränen, Traurigkeit usw.), **bespricht sie sich mit ihren Kollegen in der Institution, externen Sachverständigen** (Alupse, schulmedizinischer Dienst der Gesundheitsbehörde, Jugendstaatsanwaltschaft) **und meldet das Kind gegebenenfalls der Jugendstaatsanwaltschaft.**

3.

Wenn die Fachkraft unklare Zeichen von Verzweiflung und Kummer feststellt, die darauf schließen lassen, dass das Kind **Opfer eines sexuellen Missbrauchs** wurde oder ist, berät sie sich **mit ihren Kollegen in der Institution, externen Sachverständigen** (Alupse, schulmedizinischer Dienst der Gesundheitsbehörde, Staatsanwaltschaft - Jugendschutz) **und meldet das Kind gegebenenfalls der Jugendstaatsanwaltschaft.**

4.

Wenn die physische Integrität des Minderjährigen gefährdet ist, muss sofort Meldung erstattet werden.

Bei einem Minderjährigen, der beispielsweise mit sichtbaren Hämatomen zur Schule kommt und erklärt, dass sie von Schlägen eines Erwachsenen, insbesondere von den Eltern, Großeltern usw. stammen, muss sofort reagiert werden.

Verletzungen, die nicht von einer leichten Gewaltanwendung (z. B. Ohrfeige) herrühren, sondern beispielsweise auf Schläge mit einem Gürtel, Kabeln oder den Fäusten zurückzuführen sind, müssen sofort gemeldet werden.

5.

Wenn sich das Kind der Fachkraft anvertraut und Zeichen eines sexuellen Missbrauchs aufweist, muss die Fachkraft unverzüglich die Staatsanwaltschaft verständigen.

Bei Verdacht auf physische und psychische Gewalt oder Vernachlässigung bei besonders gefährdeten Kindern, insbesondere Kindern unter drei Jahren muss sofort gehandelt werden.

Warum muss sofort reagiert werden?

1. Verletzungen müssen von einem Arzt dokumentiert werden; dieser wird auch die geeignete Behandlung verschreiben.
2. Verletzungen müssen von der Kriminaltechnik fotografisch dokumentiert werden.
3. Das Kind muss relativ schnell angehört werden, und zwar von einem in diesem Bereich spezialisierten Ermittler. Dieser wird die Zeugenaussage aufnehmen und abschätzen, ob das Kind in seinem derzeitigen Umfeld gefährdet ist oder nicht.
4. Die Fachkraft tauscht sich anschließend mit anderen betroffenen Fachkräften aus, um eventuell weitere Informationen zu bekommen, die sie dann an die Staatsanwaltschaft weitergibt (z. B. Gespräche mit Lehrkräften, dem Team der Tagesstruktur, dem schulmedizinischen Team).

Was muss sonst noch getan werden?

1. Während der Beobachtungsphase, die eventuell auf die Feststellung sehr vager Anzeichen folgt, muss alles absolut vertraulich behandelt werden.
2. Es ist sinnvoll, den Direktor der Institution oder Dienststelle bzw. den Regionaldirektor zu verständigen, wenn die Meldung durch eine Lehrkraft einer Grundschule erfolgt.

Was gilt es zu vermeiden?

1. Bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch aufgrund des Verhaltens des Kindes oder seiner Äußerungen nicht in Panik geraten und dem Kind gegenüber keine Besorgnis oder Angst zeigen. Die Erklärungen des Kindes nicht auf die leichte Schulter nehmen. Das Kind sucht sich sehr oft bewusst den Erwachsenen aus, dem es sich anvertraut. Es verlangt, dass man ihm zuhört und es ernst nimmt.
2. Keine Ermittlungen auf eigene Faust anstellen! Es ist wichtig, für das Kind da zu sein und ihm zuzuhören. Die Anhörung des Kindes durch einen polizeilichen Ermittler erfordert eine spezielle Schulung und viel Erfahrung.
3. Keine Fotos machen! Die Fotos von Verletzungen sind oft ein wichtiger Bestandteil gerichtsmedizinischer Gutachten, falls der mutmaßliche Täter die Gewaltanwendung abstreitet. Deshalb müssen **die Fotos** unter genau festgelegten Bedingungen (Messung, Beleuchtung usw.) **von Kriminaltechnikern gemacht werden**.
4. **Unter keinen Umständen darf versucht werden, den mutmaßlichen Täter zu befragen. Die Vernehmung ist ausschließlich den polizeilichen Ermittlern vorbehalten.**
5. Die Eltern nicht informieren, vor allem dann nicht, wenn ein Elternteil der Misshandlung verdächtigt wird. **Auf keinen Fall dürfen Treffen zwischen dem Kind und anderen Personen organisiert werden. Eine Konfrontation des Kindes mit dem mutmaßlichen Täter muss unbedingt vermieden werden.**

Wem muss Meldung erstattet werden?

Vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet reicht es nicht, den Vorfall den Vorgesetzten zu melden. Die Benachrichtigung des Direktors der Institution, des Regionaldirektors oder externer Sachverständiger entbindet niemanden von der Verpflichtung des Art. 23 der Strafprozessordnung, jeden Verdacht auf eine Straftat der Staatsanwaltschaft zu melden.

Art. 7 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1992 über den Jugendschutz sieht außerdem vor, dass der Jugendrichter oder der Staatsanwalt bei Verdacht auf Gefährdung eines Kindes informiert werden muss.

In der Praxis kann **nur die Staatsanwaltschaft die Polizei mit Ermittlungen beauftragen**. Der Jugendrichter, der Meldung erhalten hat von einer strafbaren Handlung an einem Kind, leitet diese Information an die Staatsanwaltschaft weiter zwecks Einleitung einer Untersuchung.

Jugendrichter und auch Staatsanwaltschaft können über das Zentrale Sozialamt SCAS (Service central d'assistance sociale) weitere Informationen über die persönliche, familiäre und schulische Situation sowie den Gesundheitszustand des Kindes einfordern.

Bei **physischer oder sexueller Misshandlung** sollte entweder sofort die Staatsanwaltschaft – Abteilung Jugendschutz oder die Polizei informiert werden.

Für Fälle **physischer Misshandlung (insbesondere bei Körperverletzung)** ist der Kriminalpolizei (Service de recherche et d'enquête criminelle - SREC) des betreffenden Wohnortes des Minderjährigen zuständig (Regionen Capellen, Diekirch, Esch/Alzette, Grevenmacher, Luxemburg und Mersch).

Für **Sexualdelikte** (Unzucht, Vergewaltigung) ist die Abteilung Jugendschutz der Kriminalpolizei zuständig für das ganze Land.

Bei Zweifeln hinsichtlich der Notwendigkeit einer Meldung ist ein Staatsanwalt (insbesondere der Abteilung Jugendschutz) während der üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar (siehe Telefonnummern im Anhang). Im Notfall ist der Bereitschaftsdienst der Staatsanwaltschaft außerhalb der Geschäftszeiten über die Notrufnummer 113 der Polizei zu erreichen.

Wie erstattet man Meldung?

In einer **ersten Phase** kann eine **Meldung über Telefon** erfolgen. Diese mündliche Mitteilung muss schnellstmöglich durch ein unterschriebenes schriftliches Dokument bestätigt werden (Brief oder Fax).

Die Meldung enthält nur Beobachtungen, einschließlich Äußerungen des Kindes, jedoch keine Kommentare oder Hypothesen.

Die Meldung enthält:

- die Kontaktdaten der meldenden Person (Name, Dienststelle/Institution, Funktion, Telefonnummer);
- die Daten des betreffenden Kindes (Name, Geburtsdatum, Adresse, Namen und Adresse(n) der Eltern oder der erziehungsberechtigten Institution);
- eine detaillierte Beschreibung der Fakten.

6. FOLGEN DER MELDUNG, POLIZEIEINSATZ UND BEWEISAUFNHME

Handelt es sich bei der Meldung um eine Vernachlässigung, wird die Staatsanwaltschaft oder der Jugendrichter je nach Fall das SCAS mit einer Bedürftigkeitsprüfung beauftragen. Der Jugendrichter kann auch die Familie und das Kind in sein Büro einbestellen, um sich ein genaues Bild der Lage des Minderjährigen zu verschaffen und geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.

Im Rahmen des geteilten Berufsgeheimnisses kann der Meldende die Staatsanwaltschaft fragen, welche Maßnahmen diese aufgrund der Meldung zu ergreifen beabsichtigt.

Bis auf die vorläufige Inobhutnahme obliegen Krisenbewältigung und Betreuung des Kindes weiterhin den Vertretern des Jugendamtes.

Handelt es sich bei der Meldung um einen Fall von physischer oder sexueller Misshandlung, so wird eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet.

Der Einsatz der Polizei

Wann die Polizei eingreift, hängt vom Sachverhalt und dem Zeitpunkt der Tat, deren Opfer ein Kind wurde, ab. Wenn die Tat kürzlich begangen wurde, wird die Polizei unverzüglich eingreifen, um zu gewährleisten, dass die Erinnerungen des Minderjährigen so frisch wie möglich und die körperlichen Spuren noch nachweisbar sind. Die Polizei wird vom Meldenden oder aber von der Staatsanwaltschaft, die die Meldung erhalten hat, kontaktiert.

Transport des Opfers zum medizinischen Zentrum

Die Verantwortlichen der Institution werden im Vorfeld darüber in Kenntnis gesetzt, dass das Kind von der Schule, Betreuungsstruktur o. Ä. abgeholt wird.

In den meisten Fällen wird das Opfer in die Kinderklinik gebracht, in dem sich ein sachkundiges Team um das Kind kümmern kann.

Wird der Transport von der Polizei übernommen, so tragen die Beamten Zivilkleidung und fahren in einem zivilen Polizeiwagen.

Wenn möglich sollte eine erziehungsberechtigte Person (es sei denn, es handelt sich bei dieser Person um den mutmaßlichen Täter) oder eine Vertrauensperson des Opfers das Kind begleiten.

Medizinische Untersuchung

Die medizinische Untersuchung wird von einem von den Justizbehörden bestellten Arzt durchgeführt. Das Kind darf auf keinen Fall zur Untersuchung gezwungen werden.

Ziel der Untersuchung ist das **Feststellen etwaiger körperlicher Verletzungen, egal welchen Ursprungs, oder deren Abwesenheit**. Der Arzt entscheidet, ob ein Krankenhausaufenthalt, beispielsweise für die Fortsetzung

der medizinischen Versorgung oder zusätzliche Tests (Augenkontrolle, Röntgenaufnahmen, Bluttests usw.), notwendig ist.

Der Arzt vermerkt die Ergebnisse der Untersuchung auf einem ärztlichen Attest, einem Krankenschein oder einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung.

Für Art. 401 des Strafgesetzbuchs stellen Krankheit und persönliche Arbeitsunfähigkeit einen **erschwerenden Umstand** dar. Es gilt zu beachten, dass, auch wenn Kinder keiner körperlichen Arbeit nachgehen, sie dennoch von diesem erschwerenden Umstand betroffen sein können. Der Arzt muss also die Schwere der Verletzungen mit Hinblick auf die Dauer der Beeinträchtigungen bescheinigen (Zahl der Tage oder Monate, während denen das Kind nicht zur Schule gehen oder an ergänzenden Aktivitäten teilnehmen kann), damit der Richter später die genauen juristischen Folgen der Misshandlung bestimmen kann.

Beweismittelerhebung und Beschlagnahme von Beweisgegenständen

Um das Vergehen beweisen (Indizien) zu können, kann die Polizei, falls die Ermittlungen es erfordern, insbesondere Kleidungsstücke des Kindes und andere Gegenstände, die im Zusammenhang mit der Tat stehen könnten (z. B. Mobiltelefon, Schulsachen), beschlagnahmen.

Anhörung des Kindes

Es ist wichtig, dass das Opfer vor seiner ersten Anhörung durch Beamte der Kriminalpolizei nicht von anderen Personen zum Geschehen befragt wird.

Die Anhörung des Opfers im Kindesalter findet umgehend statt.

Der Sonderermittler erklärt dem Opfer im Kindesalter zunächst die Prozeduren und den Ablauf der Anhörung und setzt es darüber in Kenntnis, dass die Anhörung aufgezeichnet wird.

Gemäß Art. 48-1 Strafprozessordnung wird bei physischem oder sexuellem Missbrauch von Kindern die Anhörung auf Ton- oder Bild-Ton-Träger aufgezeichnet, es sei denn, der Staatsanwalt entscheidet sich aufgrund des Einspruchs des Kindes oder seines gesetzlichen Vertreters gegen dieses Vorgehen. Wird die Anhörung aufgezeichnet, können Ablauf und Inhalt jederzeit in allen Einzelheiten nachgeprüft und abgerufen werden. Damit wird in der großen Mehrheit der Fälle eine zweite Anhörung des Kindes unnötig.

Gemäß Art. 79-1 Strafprozessordnung kann auch der Untersuchungsrichter eine Tonaufnahme oder eine audiovisuelle Aufzeichnung der Anhörung eines Kindes veranlassen. Diese Möglichkeit wird in der Praxis jedoch meist nur für die seltenen Fälle in Erwägung gezogen, in denen es Lücken in der ersten Anhörung gab.

Das Kind hat das Recht, sich von einem Erwachsenen seiner Wahl zur Anhörung begleiten zu lassen, es sei denn, der Untersuchungsrichter hat im Interesse des Kindes oder der Wahrheitsfindung eine begründete anderslautende Entscheidung getroffen. Die Anhörung wird immer unter Ausschluss des mutmaßlichen Täters stattfinden.

Gemäß Art. 18 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1992 über den Jugendschutz können der Minderjährige, seine Eltern, der Vormund oder jedwede andere Person, die das vorläufige oder endgültige Sorgerecht hat, den Jugendrichter darüber hinaus bitten, ihnen einen Anwalt zu bestellen.

Die Bestellung eines Anwalts für das Kind durch den Jugendrichter findet immer dann statt, wenn das Wohl des Kindes es erfordert.

7. SCHUTZ DES OPFERS

Auf therapeutischer und psychosozialer Ebene

Je nach Fall kann das traumatische Erlebnis eine existentielle Krise beim Kind auslösen. Eine Behandlung wird notwendig, um kurz-, mittel- und langfristige Schäden zu vermeiden. Eine Therapie kann dafür sorgen, dass das Kind wieder emotionale Stabilität erlangt, neues Selbstvertrauen bekommt, konstruktive Beziehungen zu seinem Umfeld aufbaut und wieder eine für seine sozio-emotionale Entwicklung günstige Dynamik entwickelt.

In einer ersten Phase werden die **Stärken und Schwächen des Kindes und seines Umfeldes festgestellt. Gleichzeitig soll eine psychotherapeutische Behandlung zu einer emotionalen, affektiven Stabilisierung des Kindes führen.**

Therapeuten, die sich auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit traumatischen oder posttraumatischen Störungen spezialisiert haben und Erfahrung mit Familien haben, in denen es zu Gewalthandlungen kommt, sollten die Kinder und Eltern **schnellstmöglich** sehen. Dies wird den Beteiligten bei der Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse helfen und verhindern, dass sich langfristig Symptome entwickeln.

Ein Kind, das Gewalt erfahren oder Zeuge von Gewalt wurde, zum Beispiel innerhalb der Familie, ist emotionalem Stress und Ängsten ausgesetzt, die es psychisch, physisch und sozial destabilisieren und seine Entwicklung behindern können. Da das Kind von den Erwachsenen abhängig ist, können frühe und angemessene Reaktionen der Angehörigen und des Umfelds das Kind **entlasten und ein Resilienzfaktor darstellen**. Der Therapeut muss für das Kind, die Eltern oder Erziehungsberechtigten, die das Bedürfnis haben, ihre Angst oder Wut zu äußern, da sein und alle ihre Fragen beantworten können. Das Kind braucht wohlwollende Unterstützung, um in seiner Entwicklung weiterzukommen.

Oft sind Eltern, Geschwister oder andere Angehörige selbst sehr schockiert und erschüttert über die Übergriffe und Gewalthandlungen, die das Kind erlitten hat. Hier gilt es, sekundäre Traumatisierungen zu vermeiden, indem man ihnen hilft, mit ihren Emotionen umzugehen, damit sie das Kind unterstützen und beruhigend auf es einwirken können.

In komplexeren Situationen und bei wiederholten Traumata müssen Kind und Angehörige oft über einen langen Zeitraum therapeutisch behandelt werden.

Die Familientherapie kann zum Ziel haben, die Dynamik der Gewalt zu unterbrechen, eine sichere Umgebung zu schaffen, in dem kommuniziert und zugehört wird, in dem das Kind seinen Platz als Kind wiederbekommt. Es geht darum, zwischen Verletzbarkeiten der Erwachsenen und Verletzungen des Kindes zu unterscheiden, den gegenseitigen Respekt wiederherzustellen und gewaltfreie Formen der Interaktion und Kommunikation zu finden.

Zum Schutz des Kindes gehört selbstverständlich, dass es keinen Kontakt zwischen dem Kind und der Gewalt ausübenden Person gibt. Jedes Gefühl der Unsicherheit muss vermieden werden.

Meist sind es mehrere Faktoren, die zu Situationen von Übergriffen und Misshandlungen führen. Statistisch gesehen ist Gewalt in der Familie die am häufigsten ausgeübte Gewalt. Unsicherheit, ein psychisch schwacher

Elternteil, Konflikte in der Familie und soziale Isolation sind einige der Faktoren, die das Risiko einer Misshandlung erhöhen können.

In diesem Zusammenhang ist eine Zusammenarbeit zwischen Fachleuten aus dem psychologischen, medizinischen und sozialen Bereich einerseits und deren Zusammenarbeit mit der Justiz andererseits unerlässlich. Ziel ist, adäquate Mittel zu finden, um reagieren und Missbrauch verhindern zu können, das Kind und seine Familie respektvoll zu begleiten, ein Lebensumfeld zu schaffen, in dem das Kind und seine Bedürfnisse respektiert werden. Die vernetzte Arbeit stellt einen wichtigen Garanten für die Sicherheit und den Schutz des Kindes dar.

Das Office national de l'Enfance leitet über seine Dienstleister Maßnahmen ein zur Betreuung von Opfern im Kindesalter, sei es auf richterliche Anordnung oder auf Anfrage der Eltern bzw. des urteilsfähigen Jugendlichen (siehe Anhang).

Externe Fachstellen, die nicht Dienstleister des ONE sind (z. B. Dienste der Alupse) bieten ebenfalls eine therapeutische Behandlung an. Diese Dienste können direkt oder über das Office national de l'Enfance angefordert werden.

Auf der Ebene der Justiz

Wenn die Tat rezenter Datums ist und der Täter Mitglied des engsten Familienkreises ist, kann dieser auf Anweisung der Staatsanwaltschaft der Wohnung der Familie verwiesen werden (Wegweisung im Rahmen häuslicher Gewalt); es ist dem Täter untersagt, sich dem Opfer zu nähern; andernfalls kann er strafrechtlich belangt werden.

Des Weiteren kann die Staatsanwaltschaft je nach Sachlage ein Rechtsverfahren einleiten und vom Untersuchungsrichter die Untersuchungshaft für den mutmaßlichen Täter anordnen lassen.

Im Notfall, wenn die körperliche oder moralische Integrität des Kindes gefährdet ist, kann das Kind auf Anordnung des Jugendrichters oder ersatzweise der Staatsanwaltschaft, wenn der Jugendrichter nicht damit befasst werden kann (am Wochenende oder außerhalb der Geschäftszeiten), vorübergehend in einer Jugendeinrichtung untergebracht werden.

Art. 1 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1992 führt die sorgerechtlichen, erzieherischen und schützenden Maßnahmen auf, die das Jugendgericht gegenüber dem Kind ergreifen kann.

Je nach Sachlage kann es

- dem Kind Erziehungshilfe zukommen lassen,
- es in die Obhut einer vertrauenswürdigen Person oder einer geeigneten Einrichtung geben, auch im Ausland,
- seinen Verbleib innerhalb der Familie an bestimmte Bedingungen knüpfen.

Diese Maßnahmen werden vom Jugendgericht in einem Urteil festgelegt, nachdem Eltern, Vormund oder jede andere Person, die das Sorgerecht für das Kind hat, sowie das Kind selbst gehört worden sind.

8. DAS GERICHTSVERFAHREN GEGEN DEN MUTMASSLICHEN TÄTER

Wie bereits oben vermerkt, hat das Kind gemäß Art. 18 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1992 über den Jugendschutz ein Recht auf einen vom Jugendrichter bestellten Anwalt. Dieser Beistand ist kostenlos.

Der Anwalt kann im Namen des Kindes Schadenersatzforderungen geltend machen und rechtliche Schritte im Hinblick auf Entschädigungen für den vom Kind und seinen Angehörigen erlittenen Schaden einleiten.

Es gehört weiterhin zu den Aufgaben des Anwalts, dem Kind während des Prozesses beizustehen und es zu beraten, sollte dieses den Wunsch haben, während der Verhandlung anwesend zu sein. Er wird ihm das Verfahren und den Verhandlungsablauf erklären. Der Anwalt kann auch einen Sachverständigen einbeziehen, um das Kind in die Lage zu versetzen, die Risiken einer von ihm auf eigene Veranlassung gewollten neuerlichen Konfrontation mit den Fakten und dem Täter abschätzen und beurteilen zu können.

Die nach den Bestimmungen des Art. 48-1 (Ermittlungen) und 79-1 (Zeugenvernehmung) Strafprozessordnung angefertigten Ton- und Bildaufzeichnungen der Aussagen des Kindes gelten als Beweismittel. Sie können vom Richter und den Parteien abgehört oder angesehen werden. Sie können aufgrund einer Entscheidung des Gerichts einem gerichtlich beauftragten Sachverständigen vorgelegt werden. So braucht das Kind meist nicht mehr vor Gericht zu erscheinen und auszusagen.

Sollte das Kind dennoch vom Gericht vorgeladen werden, so darf es sich von einem Erwachsenen seiner Wahl begleiten lassen.

Das Gericht kann die Öffentlichkeit für die Verhandlung ausschließen, sollte es feststellen, dass eine öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Ordnung darstellen oder gegen die Sittlichkeit verstoßen könnte.

9. NÜTZLICHE TELEFONNUMMERN (Stand Januar 2018)

Diese Telefonliste ist den Angehörigen der betreffenden Berufssparten vorbehalten und wird bei Änderungen aktualisiert.

Zentrale spezialisierte Dienste

Association luxembourgeoise de pédiatrie sociale (Alupse asbl – Luxemburgische sozialpädiatrische Vereinigung)

Telefon 26 18 48 - 1
Fax 26 19 65 55

Direction de la Santé (Gesundheitsbehörde) Service de médecine scolaire et de la santé des enfants et adolescents (Schulmedizinischer Dienst)

Telefon 247 - 85583 (Sekretariat)
247 - 75541

Office national de l'Enfance ONE (Nationales Kinderamt)

Telefon 247 - 73696

Justiz

Parquet Luxembourg-protection de la Jeunesse (Staatsanwaltschaft Luxemburg – Jugendschutz)

Telefon 47 59 81 - 259 (Sekretariat) oder 113 (Notfall)
Fax 47 59 81 - 530
Mail PL.SignalementsMineurs@justice.etat.lu

Anschrift *Cité Judiciaire – bâtiment PL
Plateau du St Esprit
L-2080 Luxembourg*

Parquet Diekirch-protection de la Jeunesse (Staatsanwaltschaft Diekirch – Jugendschutz)

Telefon 80 32 14 - 42 oder 113 (Notfall)
Fax 80 32 84

Anschrift *Palais de Justice
B.P. 164
L-9202 Diekirch*

Jugendgerichte

Luxemburg

Telefon 47 59 81 - 295 (Dienststelle)
47 59 81 - 322
47 59 81 - 671

Diekirch

Telefon 80 32 14 - 74 (Dienststelle)

Polizei

Section Protection de la Jeunesse Sexuelle und körperliche Misshandlung

Telefon 24 46 02 - 210

10. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Office national de l'Enfance (ONE)

(extrait de la loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille)

Art. 4.

-Droit à la demande d'aide

Dans des situations d'enfants en détresse, les parents ou représentants légaux ainsi que l'enfant capable de discernement sont en droit de demander l'assistance de l'Office national de l'enfance.

Ils participent à l'élaboration du projet d'intervention socio-éducatif et psychosocial prévu à l'article 6 ci-après, qui a été élaboré ou validé par l'Office national de l'enfance.

Ce projet ne prend effet que s'il est signé par les parents ou représentants légaux et l'enfant capable de discernement. L'enfant, ses parents ou représentants légaux ont le droit de demander à tout moment le réexamen, voire la révocation du projet d'intervention.

Art. 5.

-Mission

Il est créé un Office national de l'enfance (ONE) qui est placé sous l'autorité du ministre ayant dans ses attributions la famille, appelé «ministre» ci-après.

Dans le respect des compétences reconnues par [la loi modifiée du 10 août 1992](#) relative à la protection de la jeunesse aux autorités judiciaires, l'ONE a la mission de veiller à la mise en oeuvre de l'aide sociale des enfants et des jeunes adultes en détresse.

Dans tous les cas, l'intervention des cours et tribunaux prime sur celle de l'ONE. En cas de procédures pendantes devant les cours et tribunaux, l'ONE ne peut intervenir qu'à la demande expresse des instances judiciaires.

Art. 6.

-Initiatives, saisine, réexamen

L'intervention de l'ONE s'effectue par les initiatives suivantes:

- évaluer individuellement les ressources et les difficultés d'enfants, de jeunes adultes et de familles dont la situation est considérée comme critique par des acteurs des domaines psychosocial, scolaire, médical ou judiciaire;
- organiser des séances de concertation familiale et institutionnelle pour faire participer les enfants, les jeunes adultes, les parents, les prestataires anciens et futurs à l'élaboration de projets d'intervention socio-éducative et psychosociale;

- motiver l'enfant et ses parents ou représentants légaux à souscrire aux projets élaborés dans l'intérêt supérieur de l'enfant;
- valider, le cas échéant, pour ces enfants ou jeunes adultes et leurs familles, des projets d'intervention socioéducative et psychosociale;
- désigner, dans le cadre de tout projet d'intervention socio-éducative et psychosociale, un prestataire chargé, au bénéfice de l'enfant, du jeune adulte et de leur famille, d'une mission d'orientation, de coordination et d'évaluation des mesures;
- assurer le suivi des mesures d'accueil socio-éducatif et veiller à la réévaluation régulière des enfants concernés;
- dresser chaque semestre la liste des enfants vivant au Luxembourg qui, aux dates du 1^{er} avril et du 1^{er} octobre, sont accueillis ou placés en institution ou en famille d'accueil au Luxembourg ou à l'étranger.

L'ONE examine toutes les situations dont il est saisi.

L'ONE réexamine tout projet d'intervention socio-éducative et psychosociale, soit de sa propre initiative, soit suite à la demande d'une des parties impliquées et au moins tous les douze mois.

Art. 11.

-Mesures d'aide sociale

Dans le cadre de la présente loi et sous réserve de l'application des dispositions de la [loi du 8 septembre 1998](#) réglant les relations entre l'Etat et les organismes oeuvrant dans les domaines social, familial et thérapeutique, l'aide sociale aux enfants et aux jeunes adultes en détresse et à leurs familles peut comprendre les mesures d'aide suivantes, pour autant qu'elles sont assurées, soit par des services oeuvrant sous la tutelle du ministre, soit par d'autres services et sous réserve de l'accord préalable du ministre de tutelle:

- a) l'accueil socio-éducatif en institution, de jour et de nuit, d'enfants ou de jeunes adultes d'après l'une des cinq formules suivantes:
 - accueil de base,
 - accueil orthopédagogique,
 - accueil psychothérapeutique,
 - accueil urgent en situation de crise psychosociale aiguë,
 - accueil d'enfants de moins de trois ans,
- b) l'accueil socio-éducatif dans une institution spécialisée à l'étranger, de jour et de nuit, d'enfants ou de jeunes adultes,

- c) l'accueil socio-éducatif en famille d'accueil d'enfants ou de jeunes adultes d'après deux formules:
- accueil de jour et de nuit,
 - accueil de jour,
- d) l'accueil socio-éducatif de jour d'enfants ou de jeunes adultes dans un foyer orthopédagogique ou psychothérapeutique,
- e) l'accueil éducatif de jour et de nuit d'enfants ou de jeunes adultes dans un internat socio-familial,
- f) l'accueil éducatif de jour ou de nuit dans une structure d'accueil pour enfants et/ou jeunes adultes,
- g) l'accueil socio-familial d'enfants par des assistants parentaux,
- h) l'aide socio-familiale en famille,
- i) l'assistance psychique, sociale ou éducative en famille,
- j) l'intervention orthopédagogique précoce,
- k) le soutien psychosocial d'enfants ou de jeunes adultes par la psychomotricité,
- l) le soutien psychosocial d'enfants ou de jeunes adultes par la logopédie ou l'orthophonie,
- m) le soutien psychosocial d'enfants ou de jeunes adultes par l'expression corporelle, artistique et artisanale,
- n) le soutien psychosocial d'enfants ou de jeunes adultes par le contact dirigé avec des animaux ou l'environnement,
- o) la médiation familiale et sociale,
- p) la formation parentale et familiale de jeunes et de parents,
- q) la formation affective et relationnelle d'enfants et de jeunes adultes,
- r) l'accueil d'enfants, de jeunes adultes et de familles pour des activités socio-éducatives ou socio-familiales d'animation, de loisir et de vacances,
- s) l'assistance psychosociale de familles et d'enfants avant, pendant et après l'adoption,

- t) le conseil juridique d'enfants et de jeunes adultes ou de familles avant, pendant et après l'adoption,
- u) la consultation psychologique, psycho-affective, psychothérapeutique ou psychotraumatologique d'enfants, de jeunes adultes, de parents et de familles,
- v) l'assistance médicale, pédiatrique, gynécologique ou psychiatrique des prestataires,
- w) l'assistance psychothérapeutique des prestataires,
- x) l'assistance juridique des prestataires,
- y) l'orientation, la coordination et l'évaluation des mesures développées au bénéfice d'un même enfant, de sa famille ou d'un jeune adulte.

Code pénal

Certains articles sanctionnent les adultes qui ont connaissance d'infractions commises à l'encontre de mineurs et qui ne prennent pas les mesures qui s'imposent.

Entrave à la justice

Art. 140. 1. Le fait, pour quiconque ayant connaissance d'un crime dont il est encore possible de prévenir ou de limiter les effets, ou dont les auteurs sont susceptibles de commettre de nouveaux crimes qui pourraient être empêchés, de ne pas en informer les autorités judiciaires ou administratives est puni d'une peine d'emprisonnement de un à trois ans et d'une amende de 251 à 45.000 euros.

2. Sont exceptés des dispositions qui précèdent, sauf en ce qui concerne les crimes commis sur les mineurs:

- les parents en ligne directe et leurs conjoints, ainsi que les frères et sœurs et leurs conjoints, de l'auteur ou du complice du crime;
- le conjoint de l'auteur ou du complice du crime, ou le partenaire au sens de la loi modifiée du 9 juillet 2004 relative aux effets légaux de certains partenariats;
- les personnes astreintes au secret professionnel et visées par l'article 458 du Code pénal.

Les abstentions coupables

Art. 410-1. Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende de 251 euros à 10.000 euros, ou d'une de ces peines seulement, celui qui, sans danger sérieux pour lui-même ou pour autrui, s'abstient volontairement de venir en aide ou de procurer une aide à une personne exposée à un péril grave, soit qu'il ait constaté par lui-même la situation de cette personne, soit que cette situation lui ait été décrite par ceux qui sollicitent son intervention. Il n'y a pas d'infraction lorsque la personne sollicitée a fait toutes les diligences pour procurer le secours par des services spécialisés.

Art. 410-2. Sera puni des peines prévues à l'article précédent celui qui, le pouvant sans danger sérieux pour lui-même ou pour autrui, refuse ou néglige de porter à une personne en péril le secours dont il est requis; celui qui, le pouvant sans danger sérieux pour lui-même ou pour autrui, refuse ou néglige de faire les travaux, le service, ou de prêter le secours dont il aura été requis dans les circonstances d'accidents, tumultes naufrages, inondations, incendie ou autres calamités, ainsi que dans le cas de brigandages, pillages, flagrant délit, clameur publique ou d'exécution judiciaire.

Maltraitance physique volontaire

Les violences physiques volontaires sont sanctionnées par les articles 398 à 410.

L'article 401bis s'applique aux violences faites à un mineur de moins de 14 ans.

Art. 401bis. Quiconque aura volontairement fait des blessures ou porté des coups à un enfant au-dessous de l'âge de quatorze ans accomplis, ou qui l'aura volontairement privé d'aliments ou de soins au point de compromettre sa santé ou qui aura commis à son encontre toute autre violence ou voie de fait, à l'exclusion de violences légères, sera puni d'un emprisonnement de un an à trois ans et d'une amende de 251 euros à 2.500 euros.

S'il est résulté des différentes sortes de violences ou privations ci-dessus une maladie ou une incapacité de travail personnel, ou s'il y a eu préméditation, la peine sera de trois à cinq ans d'emprisonnement et de 251

euros à 5.000 euros d'amende.

Si les coupables sont les parents légitimes, naturels ou adoptifs, ou autres ascendants légitimes, ou toutes autres personnes ayant autorité sur l'enfant ou ayant sa garde, les peines seront celles portées au paragraphe précédent, s'il n'y a eu ni maladie ou incapacité de travail personnel, ni préméditation, et celle de la réclusion de cinq à dix ans dans le cas contraire.

Si les violences ou privations ont été suivies, soit d'une maladie paraissant incurable, soit d'une incapacité permanente de travail personnel, soit de la perte de l'usage absolu d'un organe, soit d'une mutilation grave ou si elles ont occasionné la mort sans intention de la donner, la peine sera celle de la réclusion de dix à quinze ans, et si les coupables sont les personnes désignées dans le paragraphe précédent, celle de la réclusion à vie.

Si les violences ou privations ont été pratiquées avec l'intention de provoquer la mort, les auteurs seront punis comme coupables d'assassinat ou tentative de ce crime.

Si les violences ou privations habituellement pratiquées ont entraîné la mort, même sans intention de la donner, les auteurs seront punis de la réclusion à vie.

Les articles 398 et suivants sont applicables à toutes les victimes âgées de plus de 14 ans.

Les principaux articles applicables sont les suivants :

Art. 398. Quiconque aura volontairement fait des blessures ou porté des coups sera puni d'un emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de 251 euros à 1.000 euros, ou d'une de ces peines seulement.

En cas de préméditation, le coupable sera condamné à un emprisonnement d'un mois à un an et à une amende de 500 euros à 2.000 euros

Art. 399. Si les coups ou les blessures ont causé une maladie ou une incapacité de travail personnel, le coupable sera puni d'un emprisonnement de deux mois à deux ans et d'une amende de 500 euros à 2.000 euros.

Le coupable sera puni d'un emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende de 500 euros à 10.000 euros, s'il a agi avec préméditation.

Art. 409. Sera puni d'un emprisonnement de six mois à cinq ans et d'une amende de 251 euros à 5.000 euros, quiconque aura volontairement fait des blessures ou porté des coups

1° au conjoint ou conjoint divorcé, à la personne avec laquelle il vit ou a vécu habituellement;

2° à un ascendant légitime ou naturel ou à l'un de ses parents adoptifs;

3° à un descendant légitime, naturel ou adoptif de quatorze ans ou plus;

4° à un frère ou une sœur;

5° à un ascendant légitime ou naturel, à l'un des parents adoptifs, à un descendant de quatorze ans accomplis, à un frère ou à une sœur d'une personne visée sub 1°;

6° à une personne dont la particulière vulnérabilité, due à son âge, à une maladie, à une infirmité, à une déficience physique ou psychique ou à un état de grossesse, est apparente ou connue de leur auteur;

7° à une personne qui est tenue à son égard par des liens de subordination.

Lorsque les coups ou blessures ont été prémédités, les peines seront un emprisonnement de un an à cinq ans et une amende de 501 euros à 5.000 euros.

S'il est résulté des coups ou blessures volontaires visés à l'alinéa 1er une maladie ou une incapacité de travail personnel, les peines seront un emprisonnement de 1 an à 5 ans et une amende de 501 euros à 25.000 euros en l'absence de préméditation et, dans le cas contraire, la réclusion de 5 ans à 10 ans et une amende de 1.000 euros à 30.000 euros.

S'il est résulté des coups ou blessures volontaires visés à l'alinéa 1er soit une maladie paraissant incurable, soit une incapacité permanente de travail personnel, soit la perte de l'usage absolu d'un organe, soit une mutilation grave, les peines seront la réclusion de 10 ans à 15 ans et une amende de 2.500 euros à 50.000 euros en l'absence de préméditation et, dans le cas contraire, la réclusion de 15 ans à 20 ans et une amende de 3.000 euros à 50.000 euros.

Si les coups ou blessures volontaires visés à l'alinéa 1er ont causé la mort, sans intention de la donner, le coupable sera puni de la réclusion de 20 ans à 30 ans, en l'absence de préméditation de ces actes de violence, et de la réclusion à vie, dans le cas contraire.

Si les coups ou blessures volontaires visés au présent article ont été commis à l'encontre d'une personne avec laquelle le coupable cohabite, le tribunal pourra en outre prononcer contre le condamné l'ensemble ou une partie des interdictions suivantes:

- l'interdiction de s'approcher du logement de la victime de plus d'une distance à déterminer;
- l'interdiction de prendre contact avec la victime;
- l'interdiction de s'approcher de la victime de plus d'une distance à déterminer.

Maltraitance sexuelle

Les infractions d'attentats à la pudeur et viols sont réprimées par les articles 372 à 378.

Art. 372. 1° Tout attentat à la pudeur, commis sans violence ni menaces sur des personnes de l'un ou de l'autre sexe sera puni d'un emprisonnement d'un mois à deux ans et d'une amende de 251 à 10.000 euros.

2° L'attentat à la pudeur, commis avec violence ou menaces sur des personnes de l'un ou de l'autre sexe sera puni d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 20.000 euros.

3° L'attentat à la pudeur, commis sur la personne ou à l'aide de la personne d'un enfant de l'un ou de l'autre sexe, âgé de moins de seize ans sera puni d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros.

La peine sera la réclusion de cinq à dix ans, si l'attentat a été commis avec violence ou menaces ou si l'enfant était âgé de moins de 11 ans.

Art. 375. Tout acte de pénétration sexuelle, de quelque nature qu'il soit et par quelque moyen que ce soit, commis sur une personne qui n'y consent pas, notamment à l'aide de violences ou de menaces graves, par ruse ou artifice, ou en abusant d'une personne hors d'état de donner un consentement libre ou d'opposer la résistance, constitue un viol et sera puni de la réclusion de cinq à dix ans.

Est réputé viol commis en abusant d'une personne hors d'état de donner un consentement libre tout acte de pénétration sexuelle, de quelque nature qu'il soit et par quelque moyen que ce soit, commis sur la personne d'un enfant âgé de moins de seize ans. Dans ce cas, le coupable sera puni de la réclusion de dix à quinze ans.

Art. 377. Le minimum des peines portées par les articles précédents sera élevé conformément à l'article 266 et le maximum pourra être doublé:

1° lorsque le viol ou l'attentat à la pudeur est commis par un ascendant légitime, naturel ou adoptif, ou par

toute autre personne ayant autorité sur la victime;

2° lorsque le viol ou l'attentat à la pudeur est commis par une personne qui abuse de l'autorité que lui confèrent ses fonctions;

3° lorsque le viol ou l'attentat à la pudeur est commis par plusieurs personnes agissant en qualité d'auteur ou de complice ou dans le cadre d'une organisation criminelle;

4° lorsque le viol ou l'attentat à la pudeur est commis avec usage ou menace d'une arme, ou est accompagné d'actes de torture ou a causé un préjudice grave à l'enfant;

5° lorsque la victime est

- une personne dont la particulière vulnérabilité, due à son âge, à une maladie, à une infirmité, à une déficience physique ou psychique ou à un état de grossesse, est apparente ou connue de l'auteur,

- le conjoint ou le conjoint divorcé, la personne avec laquelle l'auteur vit ou a vécu habituellement,

- un ascendant légitime, naturel ou adoptif de l'auteur,

- un frère ou une sœur,

- un ascendant légitime ou naturel, l'un des parents adoptifs, un descendant, un frère ou une sœur d'une personne visée au tiret 1.

Délaissement d'enfant

L'infraction de délaissement d'enfant est prévue aux articles 354 à 360.

Les principaux articles sont les suivants (les articles 356, 357 et 360 prévoient des circonstances aggravantes aux articles 354, 355, 358 et 359) :

Art. 354. Seront punis d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 251 euros à 1.000 euros ceux qui auront exposé ou fait exposer, et ceux qui auront délaissé ou fait délaisser, en un lieu non solitaire, un enfant au-dessous de l'âge de sept ans accomplis.

Art. 358. Seront punis d'un emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende de 500 euros à 3.000 euros, ceux qui auront délaissé ou fait délaisser dans un lieu solitaire un enfant au-dessous de l'âge de sept ans accomplis.

Les outrages publics aux bonnes mœurs et des dispositions particulières visant à protéger la jeunesse

Art. 383. Le fait soit de fabriquer, de transporter, de diffuser par quelque moyen que ce soit et quel qu'en soit le support un message à caractère violent ou pornographique ou de nature à porter gravement atteinte à la dignité humaine, soit de faire commerce d'un tel message, est puni d'un emprisonnement d'un mois à trois ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros lorsque ce message est susceptible d'être vu ou perçu par un mineur.

Art. 383bis. Les faits énoncés à l'article 383 seront punis d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 75.000 euros, s'ils impliquent ou présentent des mineurs ou une personne particulièrement vulnérable, notamment en raison de sa situation administrative illégale ou précaire, d'un état de grossesse, d'une maladie, d'une infirmité ou d'une déficience physique ou mentale.

La confiscation des objets prévus à l'article 383 sera toujours prononcée en cas de condamnation, même si la propriété n'en appartient pas au condamné ou si la condamnation est prononcée par le juge de police par l'admission de circonstances atténuantes.

Art. 383ter. Le fait, en vue de sa diffusion, de fixer, d'enregistrer ou de transmettre l'image ou la représentation d'un mineur lorsque cette image ou cette représentation présente un caractère pornographique est puni d'un d'emprisonnement d'un mois à trois ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros.

Le fait d'offrir, de rendre disponible ou de diffuser une telle image ou représentation, par quelque moyen que ce soit, de l'importer ou de l'exporter, de la faire importer ou de la faire exporter, est puni des mêmes peines.

Les faits seront punis d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 100.000 euros lorsqu'il a été utilisé, pour la diffusion de l'image ou de la représentation du mineur à destination d'un public non déterminé, un réseau de communications électroniques.

La tentative des délits prévus aux alinéas précédents est punie des mêmes peines.

Art. 384. Sera puni d'un emprisonnement d'un mois à trois ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros, quiconque aura sciemment acquis, détenu ou consulté des écrits, imprimés, images, photographies, films ou autres objets à caractère pornographique impliquant ou présentant des mineurs.

La confiscation de ces objets sera toujours prononcée en cas de condamnation, même si la propriété n'en appartient pas au condamné ou si la condamnation est prononcée par le juge de police par l'admission de circonstances atténuantes.

Art. 385. Quiconque aura publiquement outragé les mœurs par des actions qui blessent la pudeur, sera puni d'un emprisonnement de huit jours à trois ans et d'une amende de 251 euros à 25.000 euros.

Art. 385-1. Quiconque aura publiquement outragé les mœurs par des chansons, pamphlets, figures, écrits, imprimés, dessins, gravures, peintures, emblèmes, images ou par tout autre support de l'écrit, du son, de la parole ou de l'image communiqués au public par la voie d'un média, sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un an et d'une amende de 251 à 12.500 euros.

Art. 385-2. Le fait pour un majeur de faire des propositions sexuelles à un mineur de moins de seize ans ou à une personne se présentant comme telle en utilisant un moyen de communication électronique est puni d'un emprisonnement d'un mois à trois ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros.

Il sera puni d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 75.000 euros lorsque les propositions ont été suivies d'une rencontre.

Art. 385bis. Sera puni d'une amende de 251 euros à 25.000 euros quiconque vend ou distribue à des enfants de moins de seize ans des écrits, images, figures ou objets indécents de nature à troubler leur imagination.

Sera puni de la même peine quiconque expose publiquement dans le voisinage d'un établissement d'instruction ou d'éducation fréquenté par des enfants de moins de seize ans des écrits, images, figures ou objets indécents de nature à troubler leur imagination.

La confiscation des écrits, figures ou objets indécents exposés, mis en vente ou en distribution sera toujours prononcée en cas de condamnation, même si la propriété n'en appartient pas au condamné ou si la condamnation est prononcée par le juge de police par l'admission de circonstances atténuantes.

Art. 386. Dans les cas prévus au présent chapitre, les coupables pourront, de plus, être condamnés à l'interdiction des droits indiqués aux numéros 1, 3, 4, 5 et 7 de l'article 11.

Ils pourront également être condamnés à l'interdiction pour une durée de dix ans au plus, d'exercer une activité professionnelle, bénévole ou sociale impliquant un contact habituel avec des mineurs. Toute violation de cette interdiction est punie d'un emprisonnement de deux mois à deux

L'exploitation de la prostitution

Les infractions relatives à l'exploitation de la prostitution et du proxénétisme sont régies par les articles 379 à 382.

Art. 379. Sera puni d'un emprisonnement d'un à cinq ans et d'une amende de 251 à 50.000 euros:

1° quiconque aura excité, facilité ou favorisé la débauche, la corruption ou la prostitution d'un mineur âgé de moins de dix-huit ans;

2° quiconque aura recruté, exploité, contraint, forcé, menacé ou eu recours à un mineur âgé de moins de dix-huit ans à des fins de prostitution, aux fins de la production de spectacles ou de matériel à caractère pornographique ou aux fins de participation à de tels spectacles, aura favorisé une telle action ou en aura tiré profit;

3° quiconque aura assisté à des spectacles pornographiques impliquant la participation d'un mineur âgé de moins de dix-huit ans;

4° quiconque aura contraint ou forcé un mineur âgé de moins de dix-huit ans à se livrer à des activités sexuelles avec un tiers ou de le menacer à de telles fins.

La tentative sera punie d'un emprisonnement de six mois à trois ans.

Le fait sera puni de la réclusion de cinq à dix ans s'il a été commis envers un mineur âgé de moins de seize ans, et de la réclusion de dix à quinze ans s'il a été commis envers un mineur de moins de onze ans.

La tentative sera punie d'un emprisonnement de six mois à quatre ans, si le fait a été commis envers un mineur âgé de moins de seize ans et d'un emprisonnement de six mois à cinq ans s'il a été commis envers un mineur de moins de onze ans.

Das Strafgesetzbuch kann auf folgender Internetseite abgerufen werden: www.legilux.lu (Espace législatif – Textes coordonnées – Codes-Loi – Code pénal).

Protection de la jeunesse

(articles de la loi modifiée du 10.8.1992 relative à la protection de la jeunesse)

Art. 1er. Le tribunal de la jeunesse prend à l'égard des mineurs qui comparaissent devant lui des mesures de garde, d'éducation et de préservation.

Il peut selon les circonstances :

1. les réprimander et les laisser ou les rendre aux personnes qui en ont la garde en leur enjoignant, le cas échéant, de mieux les surveiller à l'avenir ;
2. les soumettre au régime de l'assistance éducative ;
3. les placer sous surveillance chez toute personne digne de confiance ou dans tout établissement approprié, même à l'étranger, en vue de leur hébergement, de leur traitement, de leur éducation, de leur instruction ou de leur formation professionnelle ;
4. les placer dans un établissement de rééducation de l'Etat.

Le tribunal peut subordonner le maintien du mineur dans son milieu notamment à l'une ou plusieurs des conditions suivantes :

- a) fréquenter régulièrement un établissement scolaire d'enseignement ordinaire ou spécial ;
- b) accomplir une prestation éducative ou philanthropique en rapport avec son âge et ses ressources ;
- c) se soumettre aux directives pédagogiques et médicales d'un centre d'orientation éducative ou d'hygiène mentale.

Il peut à tout moment soumettre au régime de l'assistance éducative les mineurs qui ont fait l'objet d'une des mesures prévues ci-dessus sous 3° et 4°.

Les mesures ordonnées par le tribunal de la jeunesse prennent fin de plein droit à la majorité.

Toutefois, le juge de la jeunesse peut, de l'accord de l'intéressé et si l'intérêt de ce dernier l'exige, prolonger l'une ou l'autre des mesures prévues ci-dessus pour un terme ne pouvant dépasser sa vingt et unième année. La mesure prend fin à l'expiration du délai fixé en accord avec l'intéressé ou lorsque celui-ci atteint l'âge de vingt et un ans. Il peut y être mis fin d'office à tout moment par le juge de la jeunesse. Il doit y être mis fin à la demande de l'intéressé.

(...)

Art. 7. Le tribunal de la jeunesse peut prendre l'une des mesures spécifiées à l'article 1er ou une mesure de placement dans un établissement de traitement à l'égard des mineurs qui se soustraient habituellement à l'obligation scolaire, qui se livrent à la débauche, qui cherchent leurs ressources dans le jeu, dans les trafics, dans des occupations qui les exposent à la prostitution, à la mendicité, au vagabondage ou à la criminalité ou dont la santé physique ou mentale, l'éducation ou le développement social ou moral se trouvent compromis. Le tribunal de la jeunesse ou le procureur d'Etat sont informés par le père, la mère, la personne investie du droit de garde, par tout agent qualifié des secteurs de l'éducation, de la santé ou de l'assistance publique, par tout agent de la police générale et locale, ou par le mineur lui-même.

En cas de danger grave et immédiat pour la vie ou la santé du mineur, un médecin peut, en cas de refus d'accord des personnes, qui ont la garde de l'enfant, prendre toutes mesures d'ordre médical que la situation requiert d'après les règles de l'art médical.

En ce cas, le médecin doit adresser dans les trois jours au procureur d'Etat un rapport motivé sur les mesures d'ordre médical qu'il a prises.

(...)

Art. 18. (L. 18 août 1995) Le mineur, ses parents ou tuteur et toutes autres personnes physiques qui en ont la garde provisoire ou définitive peuvent faire le choix d'un conseil ou demander au juge de la jeunesse qu'il leur en soit désigné un d'office. La désignation par le juge de la jeunesse d'un conseil au mineur a lieu, même en l'absence de toute demande afférente, lorsque le mineur se voit imputer des faits constituant une infraction d'après la loi pénale, et du chef desquels une mesure de garde provisoire a été prise à son encontre. Elle a lieu dans tous les autres cas, lorsque l'intérêt du mineur le commande. Si le juge de la jeunesse désigne un conseil à une personne qui affirme être en droit de bénéficier de l'assistance judiciaire et en fait la demande, il transmet la demande au Bâtonnier. Le juge de la jeunesse peut aussi saisir d'office le Bâtonnier, lorsque c'est le mineur qui s'est vu désigner un conseil. L'assistance judiciaire ne couvre que l'indemnité à allouer à l'avocat.

(...)

Art. 23. Le tribunal ou le juge de la jeunesse fait procéder, s'il y a lieu, à une étude de la personnalité du mineur ou du majeur dans le cas de l'article 1er, dernier alinéa, notamment par le moyen d'une enquête sociale, d'examens médicaux, psychologique et psychiatrique, d'une observation du comportement et d'un examen d'orientation professionnelle. Il peut prendre encore l'avis de toute personne pouvant donner des renseignements utiles.

Il peut en tout temps convoquer le mineur, les personnes qui en ont la garde, les agents de probation, ainsi que toute personne s'occupant du sort du mineur.

Art. 24. Pendant la durée d'une procédure tendant à l'application des mesures prévues à l'article 1er, le tribunal de la jeunesse peut prendre à l'égard du mineur les mesures de garde nécessaires.

Il peut soit le laisser chez les particuliers qui en ont la garde, soit le soustraire à son milieu et le confier provisoirement à un parent, à un particulier, à une société, à une institution de charité ou d'enseignement, publique ou privée, à un établissement de rééducation, à un établissement disciplinaire ou à tout autre établissement spécial approprié à son état.

11. Bibliografie

- Hélène ROMANO : « Enfants maltraités, descriptions cliniques, évaluation et prise en charge », Éditions FABERT, 2009
- Guy AUSLOOS : « La compétence des familles: Temps, Chaos, Processus », Editions érès, 1995
- Jorge BARUDY, Marjorie DANTAGNAN : « De la bienveillance infantile », Edition Fabert, 2007
- Jean-Yves HAYEZ : « La sexualité des enfants », Odile Jacop, Paris, 2004
- Andreas KRÜGER : “Erste Hilfe für traumatisierte Kinder”, Verlag PATMOS Düsseldorf, 2007
- Dr. Regina LACKNER : “Wie Pippa wieder lachen lernte - Fachliche Hilfe für traumatisierte Kinder”, Verlag SPRINGER, Wien, 2004
- Dr. Regina LACKNER : “Wie Pippa wieder lachen lernte - Elternratgeber für traumatisierte Kinder”, Verlag SPRINGER, Wien, 2004
- Prof. Dr. Gottfried FISCHER : “Neue Wege aus dem Trauma- Erste Hilfe bei schweren seelischen Belastungen”, Verlag PATMOS, Düsseldorf, 2003
- Babette ROTHSCHILD : „Der Körper erinnert sich: Die Psychophysiologie des Traumas und der Traumabehandlung“, Verlag Synthesis, Essen, 2002
- BEIER, BOSINSKI, HARTMANN, LOEWIT : „Sexualmedizin“, Verlag Urban&Fischer, München, 2001
- M. CIERPKA : „Handbuch der Familiendiagnostik: 2. Auflage“, Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2003
- Dr. med. Luise REDDEMANN, Dr. med. Cornelia DEHNER-RAU : „Trauma: Folgen erkennen, überwinden und an ihnen wachsen“, TRIAS, Stuttgart, 2004-2006
- Gudrun GOERLITZ : „Psychotherapie für Kinder und Jugendliche: Erlebnisorientierte Übungen und Materialien“, Leben Lernen-Klett-Cotta, Stuttgart, 2004
- HILLER, LEIBING, LEICHSENRING, SULZ : „Lehrbuch der Psychotherapie: Verhaltenstherapie mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien (4)“, CIP-Medien, München, 2006
- E.J KIPHARD : „Wie weit ist ein Kind entwickelt?“, Verlag modernes lernen, Dortmund, 1996
- Dr. med. LUISE REDDEMANN : „Psychodynamisch Imaginative Traumatherapie“, Pfeiffer bei Klett-Cotta, Stuttgart, 2001
- Stefan SCHMIDTCHEN: „Allgemeine Psychotherapie für Kinder, Jugendliche und Familien“, Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, 2001
- Therese STEINER, Kim BERG : „Handbuch: Lösungsorientiertes Arbeiten mit Kindern“, Carl-Auer, Heidelberg, 2005
- Dorothea WEINBERG : „Traumatherapie mit Kindern: Strukturierte Trauma-Intervention und trauma-bezogene Spieltherapie“, Pfeiffer bei Klett-Cotta, Stuttgart, 2004
- Jörg MAYWALD : „Kinderschutz in der Kita - Ein praktischer Leitfaden für Erzieherinnen und Erzieher“, Herder, Freiburg, 2015
- Friederike ALLE : „Kindeswohlgefährdung - Das Praxishandbuch“, Lambertus Verlag, Freiburg, 2010
- P.G. ANGELO, A. RANDELL : «Child Maltreatment, a clinical guide and reference», G.W. Medical Publishing Inc., Missouri, 2005
- Michael E. LAMB, David J. La ROOY, Lindsay C. MALLOY, Carmit KATZ : “ Children’s testimony, A Handbook of Psychological Research and Forensic Practice, Wiley-Blackwell, 2011

Version 1.0 D

**Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend
Interministerielle Koordination der Kinderrechte
Luxemburg 2018**

Dieses Dokument kann in seiner aktualisierten Fassung von der Internetseite des Ministeriums, das für die Rechte des Kindes zuständig ist, heruntergeladen werden.

ISBN : 978-99959-1-121-8
